



N i e d e r s c h r i f t

**Öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung, Verkehr und
Gesundheit**

Sitzungstermin: Montag, 20.02.2017
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 22:20 Uhr
Ort, Raum: Kreistagssitzungssaal, Hamburger Straße 30, Bad Segeberg

Anwesende:

Frau Rosemarie Jahn
Frau Angelika Hahn-Fricke
Herr Martin Ahrens
Herr René Bülow
Herr Peter Gloger
Herr Sönke Siebke
Frau Susanne Strehl
Herr Uwe Gade
Herr Gerd Günther
Herr Jens Wersig
Herr Raimund Schulz
Herr Peter Stoltenberg
Herr Toni Köppen
Herr Danny Blechschmidt
Herr Hartmut Heidrich Kreissenorenbeirat
Frau Ute Algier
Herr Kurt Barkowsky
Frau Petra Kröger
Herr Henning Wulf
Frau Edda Lessing 2. stellvertretende Landrätin
Frau Rita Marcussen
Herr Reimer FBL Integrierte Leitstelle Stadt Norderstedt
Frau Grandt FBL Soziales, Jugend, Bildung, Gesundheit
Herr Schröder FBL Ordnungswesen, Straßenverkehr, Verbraucherschutz
Herr Dr. Warlies Ltd. Kreisveterinär
Herr Bonus FDL Ausländer- und Asylangelegenheiten

Vertretung für: Herrn Holger Weihe
Vertretung für: Frau Margot Santen
Kreissenorenbeirat

bis 21:30 Uhr
bis 20:40 Uhr
bis 19:00 Uhr
bis 18:30 Uhr
bis 20:40 Uhr
bis 22:05 Uhr

| | |
|--------------------------------------------------------------------------------|---------------|
| Herr Dr. Friege FDL Gesundheit | bis 19:00 Uhr |
| Frau Dr. Hakimpour-Zern FDL Sozialpsychiatrie | bis 19:00 Uhr |
| Herr Lorenzen FDL Feuerwehrwesen Zivil- und Katastrophenschutz, Rettungsdienst | bis 18:30 Uhr |
| Herr Petry FDL Infektionsschutz und umweltbezogener Gesundheitsschutz | |
| Frau Schröder FDL Ordnungs- und Gewerbeangelegenheiten | bis 21:30 Uhr |
| Herr Kruse Personalrat | bis 19:00 Uhr |
| Frau Dr. Emken Gesundheit, zahnärztlicher Dienst | bis 20:40 Uhr |
| Frau Rittker Infektionsschutz und umweltbezogener Gesundheitsschutz | bis 20:40 Uhr |
| Frau Müller Protokollführerin | |

Abwesende:

| | |
|---------------------------------------|---|
| Herr Holger Weihe | - |
| Frau Margot Santen Kreissenorenbeirat | - |

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Einwohnerfragestunde I
- 2 Formalien
 - 2.1 Genehmigung der Tagesordnung
 - 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.11.2016
- 3 Beratung und/oder Beschlussfassung
 - 3.1 Nachtragssatzung des Kreises Segeberg über die Erhebung von Verwaltungs- und Benutzungsgebühren für die Inanspruchnahme der Kreisfeuerwehrzentrale
Vorlage: DrS/2017/028
 - 3.2 Öffentlich-rechtlicher Vertrag mit der Stadt Norderstedt zur Durchführung des Betriebs einer Integrierten Leitstelle für den Kreis Segeberg
Vorlage: DrS/2017/032
 - 3.3 Einrichtung eines 24-Stunden-Krisendienstes 7 Tage die Woche gem. Psychisch-Krankengesetz Schleswig-Holstein
Vorlage: DrS/2017/033
 - 3.4 Einrichtung einer Gesundheitsplanung für den Kreis Segeberg - Konzept und Aufnahme einer 1,0 VZS Gesundheitsplanung im Fachdienst Gesundheit für den Stellenplan 2017 ff.
Vorlage: DrS/2016/227
- 4 Berichte der Verwaltung

- 4.1 Schlüsselkennzahlenbericht IV/2016
Vorlage: DrS/2017/277
- 4.2 Zahn-Hygiene- in der Praxis
Vorstellung der Untersuchungs-/ Überwachungsergebnisse
- 4.3 Bericht über das Bundespräventionsgesetz
- 4.4 Bericht der Waffenbehörde zum kleinen Waffenschein
- 4.5 Aktueller Sachstand zur Geflügelpest
- 4.6 Aktueller Sachstand zum Thema Flüchtlinge
- 4.7 Aktueller Sachstand zum Prüfbericht des RPA
- 5 Verschiedenes
- 5.1 Informationen und Anfragen
- 5.1.1 Aktueller Sachstand zur Prüfung einer Außenstelle der Ausländerbehörde in Norders-
tedt
- 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung
- 6 Einwohnerfragestunde II

Protokoll:

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Sie stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß gela-
den wurde und beschlussfähig ist.

Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)

zu 1 Einwohnerfragestunde I

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

zu 2 Formalien

zu 2.1 Genehmigung der Tagesordnung

Die Vorsitzende schlägt vor, TOP 4.3 nach TOP 3.3 zu beraten. Anschließend wird die geänder-
te Tagesordnung zur Abstimmung gestellt

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.11.2016

Da es keine Wortmeldungen gibt, gilt die Tagesordnung als genehmigt.

zu 3 Beratung und/oder Beschlussfassung

zu 3.1 Nachtragssatzung des Kreises Segeberg über die Erhebung von Verwaltungs- und Benutzungsgebühren für die Inanspruchnahme der Kreisfeuerwehrzentrale

Vorlage: DrS/2017/028

Nach der Einführung durch Herrn Schröder lässt die Vorsitzende über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Ordnung, Verkehr und Gesundheit und der Hauptausschuss empfehlen dem Kreistag des Kreises Segeberg, die in der Anlage 1 beigefügte 1. Nachtragssatzung des Kreises Segeberg über die Erhebung von Verwaltungs- und Benutzungsgebühren für die Inanspruchnahme der Kreisfeuerwehrzentrale zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

zu 3.2 Öffentlich-rechtlicher Vertrag mit der Stadt Norderstedt zur Durchführung des Betriebs einer Integrierten Leitstelle für den Kreis Segeberg

Vorlage: DrS/2017/032

Auf Nachfrage von Herrn Ahrens erklärt Herr Schröder, dass sowohl die Stadt Norderstedt als auch der Kreis Segeberg ein Interesse an der Leitstelle in Norderstedt hätten. Die Leitstelle habe sich bewährt und sei ein kalkulierbarer Partner.

Herr Reimer erklärt auf Nachfrage von Herrn Wulf, dass das Erfordernis einer hauptamtlichen Feuerwehr strikt von dem Betrieb einer Leitstelle zu trennen sei. Ab 80.000 Einwohnern sei eine hauptamtliche Feuerwehr grundsätzlich erforderlich, es gebe aber Ausnahmen.

Herr Lorenzen ergänzt, dass die Bedenken des Sozialministeriums seit 2012-2013 bestünden, die Bearbeitung aber durch eine langfristige Erkrankung eines Mitarbeiters im Sozialministerium verzögert wurde.

Anschließend lässt die Vorsitzende über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Ordnung, Verkehr und Gesundheit und der Hauptausschuss empfehlen, der Kreistag des Kreises Segeberg beschließt:

Der in der Anlage 1 beigefügte angepasste öffentlich-rechtliche Vertrag zur Durchführung des Betriebs einer Integrierten Leitstelle für den Kreis Segeberg soll mit der Stadt Norderstedt geschlossen werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

zu 3.3 Einrichtung eines 24-Stunden-Krisendienstes 7 Tage die Woche gem. Psychisch-Krankengesetz Schleswig-Holstein

Vorlage: DrS/2017/033

Frau Dr. Hakimpour-Zern stellt die Vorlage vor und ergänzt, dass die Vergabekommission bereits im Juni zusammen kommen könne und die Verwaltung die Auswahlentscheidung dem OVG-Ausschuss im September und dem Hauptausschuss und Kreistag im Oktober zur Bera-

tung/Beschlussfassung vorlegen würde.

Frau Grandt erläutert auf Nachfrage von Frau Hahn-Fricke, dass eine europaweite Ausschreibung aufgrund des Überschreitens des Schwellenwertes notwendig sei. Durch die Leistungsmerkmale bzw. die Vergabeunterlagen werde aber sichergestellt, dass der Ausführende deutsch spreche.

Weiter erläutert sie auf Nachfrage von Herrn Günther, dass die Verwaltung bei der Ausschreibung an feste Termine gebunden sei, wodurch die Interessenkonferenz leider nach der Sitzung des OVG-Ausschusses stattfände. Die Verwaltung erwarte hier aus den Nachfragen Impulse für die exaktere Formulierung der Vergabeunterlagen, so dass diese erst dem Hauptausschuss zu dessen Sitzung am 14.03.2017 vorgelegt werden könnten. Sie bietet aber an, dass Ausschussmitglieder an der Interessenkonferenz und an der Vergabekommission teilnehmen könnten.

Sie erklärt weiter auf Nachfrage von Herrn Gloger, dass ein Interessenkonflikt für die Bewerber nicht entstehen könne, da die endgültige Antragsstellung bei den Amtsgerichten weiterhin durch die Mitarbeiter/innen des Kreises erfolgen müsse.

Frau Dr. Hakimpour-Zern stimmt Frau Strehl zu, dass die Problematik der fehlenden Dolmetscher auch in diesem Bereich bestünde. Es würden aber verschiedene Optionen, wie beispielsweise Dolmetscher übers Internet genutzt werden.

Anschließend stellt die Vorsitzende den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der OVG- Ausschuss nimmt die dargestellten Ausführungen zur Vergabeart und Zeitplanung für das Ausschreibungsverfahren „Einrichtung eines 24-Stunden-Krisendienstes 7 Tage die Woche gem. Psychisch-Krankengesetz Schleswig-Holstein “ zustimmend zur Kenntnis. Die Verwaltung wird gebeten, die Ausschreibung der Leistung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 11 Ablehnung: - Enthaltung: 1

zu 4.3 Bericht über das Bundespräventionsgesetz

Frau Dr. Hakimpour-Zern stellt die Präsentation, welche der Niederschrift beiliegt vor.

zu 3.4 Einrichtung einer Gesundheitsplanung für den Kreis Segeberg - Konzept und Aufnahme einer 1,0 VZS Gesundheitsplanung im Fachdienst Gesundheit für den Stellenplan 2017 ff. Vorlage: DrS/2016/227

Frau Hahn-Fricke betont, dass die CDU-Fraktion in der letzten Sitzung überstimmt worden sei, so dass sie sich dem Beschluss nicht in den Weg stellen werden und dafür stimmen würden. Sie mahnt aber an, dass der Begriff „Gesundheitsplanung“ missverständlich sei und wünscht sich eine andere Begrifflichkeit.

Auf Nachfrage von Frau Hahn-Fricke erläutert Herr Dr. Friege, dass die Gesundheitsziele in Zusammenarbeit mit der Politik erarbeitet werden sollen. Die Datenermittlung erfolge bereits. In der Gesundheitsplanung würden die Daten verarbeitet werden, so dass eine Berichterstattung für die Politik erstellt werden könne. Die Politik habe dann die Gelegenheit Anregungen zu liefern und zu priorisieren.

Die Vorsitzende schlägt vor, dass dem OVG-Ausschuss jährlich berichtet werden solle. Anschließend stellt sie den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

1. Der OVG-Ausschuss stimmt dem in der Anlage beigefügten Konzept zur Einrichtung einer Gesundheitsplanung beim Kreis Segeberg zu, und
2. empfiehlt dem Hauptausschuss und dem Kreistag die Aufnahme einer 1,0 VZS Gesundheitsplanung im Fachdienst Gesundheit für den Stellenplan 2017 ff.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Zustimmung: 12 Ablehnung: - Enthaltung: -

zu 5.1 Informationen und Anfragen

Auf Nachfrage von Frau Strehl, ob die Problematik bekannt sei, dass eine stationäre Unterbringung von minderjährigen Flüchtlingen in psychiatrischen Einrichtungen nicht möglich sei, da keine arabischsprachigen Ärzte und Pfleger vorhanden seien, antwortet Frau Dr. Hakimpour-Zern, dass mit dem Klinikum für Kinder- und Jugendpsychiatrie und mit dem Ministerium eine Lösung gefunden werden müsse. Eine Unterbringung sei zurzeit nur bei einer akuten Gefährdung gewährleistet. Sie werde diese Problematik in der Sitzung des Netzwerkes traumatisierte Flüchtlinge am 08.03.2017 ansprechen.

Pause 19:00 - 19:20 Uhr

zu 4 Berichte der Verwaltung

zu 4.1 Schlüsselkennzahlenbericht IV/2016

Vorlage: DrS/2017/277

Frau Schröder erläutert, dass den anlassbezogenen Kontrollen nicht in jedem Fall eine Beschwerde vorausgehen müsse, sondern diese auch dadurch zustande kommen würden, wenn Mängel bei einer Regelkontrolle aufgetreten seien, die nachgebessert werden sollten. Allerdings sei schon zu erwähnen, dass die Beschwerden in den vergangenen Jahren zugenommen hätten. Auf Nachfrage von Herrn Ahrens erklärt sie, dass die Organisationsuntersuchung in den letzten Zügen sei und das Ergebnis in Kürze vorliegen werde. Die Anzahl der Regelprüfungen und anlassbezogenen Prüfungen würden, aufgrund von Mehrfachprüfungen eines Heimes und der Durchführungen von Regelüberprüfungen teilweise vom Schreibtisch aus, nicht die Anzahl der gesehenen Heime darlegen. 2017 seien bereits 10 Einrichtungen aufgesucht und insgesamt 15 Kontrollen durchgeführt worden. Sie erläutert, dass in Zukunft die Einrichtungen, die lange nicht besichtigt wurden, gezielt geprüft werden.

Sie erklärt auf Nachfrage von Herrn Wersig, dass bei 2-3 Einrichtungen nachgebessert werden müsse, die anderen seien befriedigend.

Sie betont, dass die Mitarbeiter der Heimaufsicht ihre Prüfungen sehr genau und gründlich durchführen. Die Beratung und Begleitung zur Mängelbeseitigung würde außerdem sehr viel Zeit in Anspruch nehmen.

Auf Nachfrage von Frau Strehl ob Kontrollen nicht unangemeldet erfolgen könnten, berichtet Frau Schröder, dass die Prüfer/innen unangemeldet in die Einrichtungen fahren und sich bei Ankunft bei der Einrichtungsleitung oder Pflegedienstleitung melden würden, um eine kooperative Zusammenarbeit sicherzustellen. Weiter seien viele Mängel nicht so kurzfristig zu beseitigen, dass sie im Verlauf der Kontrolle nicht erkennbar werden könnten. Auch würden einzelne Bewohner mit deren Einwilligung begutachtet werden.

Frau Algier lobt, dass die wenigen Prüfungen dafür sehr gründlich und zufriedenstellend durchgeführt worden seien.

Herr Petry ergänzt, dass eine enge Zusammenarbeit und gegenseitiger Austausch zwischen der Heimaufsicht und dem Fachdienst Infektionsschutz und umweltbezogener Gesundheitsschutz stattfinden würde.

Herr Dr. Warlies erläutert, dass der Kreis Segeberg im Kreisvergleich bei den durchgeführten Lebensmittelkontrollen im oberen Drittel liegen würde. Die Auffälligkeiten seien auch dadurch zu erklären, dass mehrfache Kontrollen nicht in die Statistik einfließen würden. Durch einen Erlass des Landes, welcher im Entwurf vorliegt, sollen zukünftig 100 % der risikobasierten Kontrollen durchgeführt werden und zusätzlich sollen noch die Kleinerzeuger kontrolliert werden. Hierfür sei nicht ausreichend Personal vorhanden. Aufgrund des Fachkräftemangels sei auch keine schnelle Abhilfe möglich.

Er erklärt auf Nachfrage, dass eigene Lebensmittelkontrolleure in der Vergangenheit ausgebildet worden seien. Um den Bedarf abzudecken, sei vorgesehen weitere Lebensmittelkontrolleure auszubilden. Da es Lohnunterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern gebe, würden viele jedoch nach der Ausbildung zu einem anderen Arbeitgeber wechseln.

zu 4.2 Zahn-Hygiene- in der Praxis Vorstellung der Untersuchungs-/ Überwachungsergebnisse

Frau Rittker stellt eine Präsentation zur Überprüfung der Zahnärzte und Frau Dr. Emke zur Zahn-Hygiene vor. Beide Präsentationen liegen der Niederschrift bei.

zu 4.4 Bericht der Waffenbehörde zum kleinen Waffenschein

Frau Schröder stellt den angehängten Bericht vor. Auf Nachfrage erläutert sie, dass als freiwillige Begründungen zur Antragsstellung ein allgemeines Sicherheitsempfinden genannt werde. Auffällig sei, dass die Antragssteller aus jeder Gesellschaftsschicht und Altersgruppe kämen. Ein Bedürfnisgrund müsse nicht vorgelegt werden. Der Fallzahlenanstieg mache sich in der gesamten Bundesrepublik bemerkbar.

Der kleine Waffenschein werde unbefristet erteilt. Er berechtige zum Mitführen einer PTB-Waffe, allerdings sei das Führen von Waffen bei Menschenansammlungen grundsätzlich durch Gesetz verboten.

zu 4.5 Aktueller Sachstand zur Geflügelpest

Herr Dr. Warlies stellt eine Präsentation zur Wildvogelgeflügelpest vor, welche der Niederschrift beiliegt.

zu 4.6 Aktueller Sachstand zum Thema Flüchtlinge

Herr Bonus stellt den aktuellen Bericht zum Thema Flüchtlinge vor, welcher der Niederschrift angehängt ist. Er erläutert auf Nachfrage von Frau Strehl, dass die schneller Antragsbearbeitung durch mehr Personal bewältigt werden solle. Zurzeit seien zwei Auszubildende in der Ausländerbehörde, welche nach der Ausbildung auch übernommen werden sollen.

zu 4.7 Aktueller Sachstand zum Prüfbericht des RPA

Herr Ahrens beantragt zur nächsten Sitzung eine Vorlage, die einen Beschlussvorschlag der Verwaltung beinhaltet, wie mit den Ergebnissen des RPA-Berichtes umgegangen werden solle. Herr Barkowsky unterstützt die von Herrn Ahrens vorgeschlagene Vorgehensweise.

zu 5 Verschiedenes

zu 5.1 Informationen und Anfragen

Herr Siebke erbittet zur nächsten Sitzung, eine Stellungnahme der Verwaltung zum aktuellen Sachstand zum Verfahren mit der Feuerschutzsteuer. U.a. möchte er folgende Fragen aufgeklärt wissen:

- 1.) Wie viele Anträge sind seitens der Feuerwehren gestellt worden?
- 2.) Wie viele der Anträge wurden positiv beschieden?
- 3.) Was passiert mit den Geldern (u.a. wie viele Mittel stehen derzeit zur Verfügung)

4.) Warum führt das RPA keine Beratung der Feuerwehren im Vorwege durch, damit keine Vergabefehler auftreten?

Weiter erbittet er, eine Stellungnahme von Herrn Rüge und Herrn Ringel hinsichtlich der getroffenen Aussagen zur rechtssicheren Durchführung von Vergabeverfahren durch einen externen Berater anlässlich der Prüfung in Trappenkamp.

zu 5.1.1 Aktueller Sachstand zur Prüfung einer Außenstelle der Ausländerbehörde in Norderstedt

Herr Gade stellt die Anfrage zur Einrichtung einer Außenstelle der Ausländerbehörde in Norderstedt vor, welche der Niederschrift beiliegt.

Herr Schröder erklärt, dass die Verwaltung fristgerecht innerhalb der 21 Tage antworten werde und so eine Diskussion im nächsten Ausschuss möglich sei.

zu 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung

Die Vorsitzende fasst zusammen, dass die Prüfung zur Errichtung einer Außenstelle der Ausländerbehörde in Norderstedt und eine Stellungnahme zur Feuerschutzsteuer auf die nächste Tagesordnung gesetzt werden sollen.

Frau Hahn-Fricke weist daraufhin, dass nur je 3 Berichte á 10 min in den Sitzungen des OVG-Ausschusses behandelt werden sollen. Frau Strehl ergänzt, dass andernfalls eine Sondersitzung stattfinden müsse.

Herr Schröder schlägt vor, den laufenden Bericht zum Thema Flüchtlinge in schriftlicher Form vorzulegen, so dass eine mündliche Vorstellung im Ausschuss nicht mehr notwendig sei.

Herr Wersig berichtet, dass die Notfallseelsorge sich in der nächsten Sitzung vorstellen könne. Er werde die Kontaktdaten an Herrn Schröder weitergeben.

Herr Petry schlägt vor, dass die nächste Sitzung im Wasserwerk in Norderstedt stattfinden könne. Dieser Vorschlag stößt auf Zustimmung.

zu 6 Einwohnerfragestunde II

Es werden keine Fragen aus der Einwohnerschaft gestellt.

Die Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

Gez. Rosemarie Jahn
(Ausschussvorsitz)

f.d.R. Müller
(Protokollführung)